

# Bericht von der Aktionskonferenz am Samstag, 26. Februar

## „Die Waffen nieder – nein zum Krieg!“

An der per Videokonferenz durchgeführten Konferenz nahmen über 250 Personen aus der ganzen Bundesrepublik teil. Aufgerufen hatten dazu bereits am 7. Februar die Initiatoren des Aufrufs „Ukraine-Krise: Friedenspolitik statt Kriegshysterie!“ <https://nie-wieder-krieg.org> der binnen weniger Tage über 10.000 Unterschriften erhalten hatte.

Durch den russischen Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar hatte die Konferenz besondere Dringlichkeit bekommen.

**Achtung:** Zum Zeitpunkt der Konferenz waren noch nicht die Beschlüsse des Bundestages am folgenden Tag (27.2.) bekannt. Mit der Schaffung eines mit 100 Mrd. Euro ausgestatteten und grundgesetzlich verankerten Sonderfonds für die Bundeswehr, die Anpassung an das 2%-Ziel der NATO und der Lieferung von Waffen an die Ukraine wird jetzt der endgültige und vollständige Bruch mit der bisherigen außenpolitischen Linie Nachkriegsdeutschlands vollzogen, um mit dieser Militarisierung wieder klassische Großmachtpolitik zu betreiben.

Die Konferenz wurde mit Statements von Willi van Ooyen (Friedens- und Zukunftswerkstatt), Andrej Hunko (MdB DIE LINKE) und Reiner Braun (International Peace Bureau) eingeleitet. Alle drei Redner verurteilten mit unterschiedlichen Akzentuierungen den russischen Einmarsch. Darüber hinaus wurde die russische Intervention in ihren geopolitischen Kontext eingeordnet, insbesondere die Osterweiterung der NATO, die jahrelange antirussische Konfrontationspolitik und der Wirtschaftskrieg des Westens gegen Russland. Betont wurde die Notwendigkeit, sich gerade angesichts der dramatischen Zuspitzung des Konflikts für die sofortige Beendigung aller Kampfhandlungen und die Aufnahme von Verhandlungen einzusetzen, sowie Solidarität mit den Friedenskräften in der Ukraine, in Russland und in Donezk und Luhansk zu üben. Das wurde auch von Kerstin Kaiser, Vertreterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau unterstrichen, die später zugeschaltet worden war. Sie berichtete auch, dass anders als bei der Krim-Krise 2014, die russische Bevölkerung eher zurückhaltend reagiere und keineswegs patriotische Stimmung zu beobachten sei.

Bei der folgenden Diskussion gab es ca. 50 Wortmeldungen. Die Debatte verlief in einem Klima der Solidarität und des gegenseitigen Respekts. Zahlreiche Wortmeldungen stimmten der Tendenz der Eingangsstatements zu. Die Diskussion wurde auch um zahlreiche Aspekte des Konflikts bereichert, die hier nicht alle ausgeführt werden können.

Die militärische Intervention Russlands wurde einhellig verurteilt. Konsens bestand darin, dass die Friedensbewegung jetzt gefordert ist, mit aller Kraft dazu beizutragen, dass der Krieg gestoppt wird. Einer weiteren Eskalation durch den Westen müsse man entgegentreten. Gegenüber Versuchen, Teile der Friedensbewegung für die Interessen der NATO einzuspannen, müsse man klare Kante zeigen. Dies gelte auch für das Thema Sanktionen. Diese hätten sich schon bisher als wirkungslos erwiesen und nur Öl ins Feuer gegossen, und sie träfen vor allem die Bevölkerung, sowohl in Russland als auch durch Gegenseanktionen etwa bei Gaslieferungen die Menschen hierzulande. Schon jetzt seien für viele die Energiekosten unerträglich gestiegen.

Unterschiedlich Sichtweisen gab es, wie bei einer so komplexen Sachlage zu erwarten, vor allem in zwei Fragen:

- a. Ist die russische Intervention nur eine weitere Drehung in der Eskalationsspirale oder eine neue Qualität in der Konfliktgeschichte?
- b. Wie verhält man sich zur von *Campact* u.a. initiierten Demonstration am 27. Februar in Berlin?

Zur ersten Frage wurde argumentiert, dass der Krieg nicht mit dem russischen Einmarsch begonnen habe, sondern als Krieg geringer Intensität seit acht Jahren im Gang ist. Begonnen worden sei er damals als „*Kampf gegen den Terrorismus*“ von Kiew unter Poroschenko und habe seither über 10.000 Todesopfer gefordert. Moskau handele daher aus einer Position der strategischen Defensive.

Die andere Sichtweise argumentiert dagegen, dass ein Einmarsch mit so massiver Militärmacht nicht nur materiell als Grenzüberschreitung zu werten, und daher ein Bruch oder eine qualitative Wende in der Konfliktentwicklung sei. Eine Verwischung dieser Grenze könne als Rechtfertigung der russischen Intervention verstanden werden.

Zur Frage der Beteiligung an der Demo wurde argumentiert, dass *Campact* eine zivilgesellschaftliche Frontorganisation der Grünen sei, also einer seit dem Jugoslawienkrieg dezidiert bellizistischen Kraft. Mit ihren scharfmacherischen Positionen, darunter jüngst die Kritik an der Weigerung von Olaf Scholz, Russland aus dem globalen Finanzinformations- und Transaktionssystem SWIFT auszuschließen, würde sie die Demo vor den Karren der NATO spannen.

Demgegenüber wurde argumentiert, dass inzwischen auch authentische Friedensorganisationen wie z.B. IPPNW an der Vorbereitung beteiligt seien. Ihnen sei es gelungen, eine pluralistische Besetzung der Rednerliste durchzusetzen, wodurch u.a. mindestens zwei uns nahestehende Reden gesichert sind. In einer solchen Situation dürfe man nicht den Scharfmachern das Monopol über das Profil der Aktion überlassen, sondern müsse aufklärerische Überzeugungsarbeit vor Ort leisten.

Zur weiteren Aktionsorientierung ruft die Konferenz dazu auf:

- bundesweit lokale Aktions- und Protesttage am Wochenende von 4. bis 6. März durchzuführen,
- die Ostermärsche zum Signal für Frieden, gemeinsame und ungeteilte Sicherheit, Kooperation und Abrüstung zu machen.

Außerdem gibt es Überlegungen zu einer bundesweiten Großaktion im Mai. Darüber wird auf einer noch festzulegenden weiteren Aktionskonferenz beraten.

Das Feedback zur Konferenz am Schluss war durchweg positiv.

Weitere Details finden sich in einem informativen Artikel über die Konferenz auf TELEPOLIS: <https://www.heise.de/tp/features/Krieg-von-ungewohnter-Seite-Friedensbewegung-sucht-Weg-aus-der-Schockstarre-6527110.html>

27. 2. 2022

Vorbereitungsgruppe der Aktionskonferenz (Hugo Braun (Attac), Reiner Braun (International Peace Bureau), Claudia Haydt (Informationsstelle Militarisierung), Ralf Krämer (Sozialistische Linke in der Partei Die Linke), Willi van Ooyen (Friedens- und Zukunftswerkstatt), Christof Ostheimer (Bundesausschuss Friedensratschlag), Peter Wahl (Attac).